



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIV/8 - 10. Januar 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Verwaltete Presse oder freie Presse? Die Funktionen des Deutschen Presserates	101
3 - 4	Afrika - gelehriger Schüler Arabiens Der Weg des schwarzen Kontinents	70
5 - 6	Die heutige Weltbevölkerung und ihr ungewöhnliches Anwachsen Von Helene Wessel, MdB	99
7	Was wird aus unseren Straßen? 60 Milliarden sind bitter nötig, aber der Julussturm flog auseinander	45

* * *
* * *

Verwaltete Presse oder freie Presse?

sp - In einer Neujahrs-"Botschaft" hat Bundesjustizminister Schäffer als eine der dringendsten Aufgaben seines Ministeriums im neuen Jahre die Vorlage des endgültigen Entwurfs für ein Gesetz über den zivilrechtlichen Persönlichkeits- und Ehrenschatz - auch "Lex Soraya" oder "Anti-Presse-Lex" genannt - angekündigt. Nach den bisherigen Meinungsäußerungen aus dem Bundesjustizministerium scheint es sicher zu sein, daß hier, an der Geburtsstätte des Entwurfs, wesentliche Änderungen, die die erheblichen in der Presse geäußerten Bedenken berücksichtigen, nicht beabsichtigt sind. Es wird sich also erweisen müssen, ob im Bundestag und im Bundesrat mehr Einsicht vorhanden ist als bei den Handwerkern im Ministerium.

Im Für und Wider zu dem Gesetzentwurf ist nun ein Vorschlag aufgetaucht, der von vielerlei Aspekten her bedeutsam erscheint. Abgeordnete, Minister und Persönlichkeiten aus dem Rechtsleben haben die Meinung geäußert, die Presse müsse eine Selbstverwaltungskörperschaft, die in ihr Tätigen eine berufsständische Ordnung erhalten. Nur auf solche Weise könnten Mißstände beseitigt werden, die zum Beispiel zur "Lex Soraya" und zur "Lex Schäffer" verführt hätten.

Der Bedenken, die gegen diesen Vorschlag sprechen, gibt es viele, so daß man sich eigentlich wundert, wie namhafte Persönlichkeiten in beinahe leichtfertig anmutender Weise derartige Luftballons steigen lassen können.

Ein namhafter Publizist hat den Journalismus vor kurzem den "freiesten aller Berufe" genannt. Kann man diesen freiesten aller Berufe, der daraus wesentliche Kräfte zieht, daß er sich ständig aus anderen Bereichen erneuert, in eine ständische Ordnung pressen? Man kann! Das wissen wir aus der Vergangenheit, in der Propagandaminister Goebbels ein Schriftleiter-Gesetz verfassten ließ, das die Ausübung des journalistischen Berufs von der staatlichen Erlaubnis abhängig machte, den Berufsverband zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts erhob und eine Schriftleiterrolle schuf, auf der man verzeichnet sein mußte, wollte man in der deutschen Presse noch mitschreiben.

Es soll hier nicht mit der Erinnerung an die politischen Absichten von Goebbels geschreckt werden. Man darf jenen Persönlichkeiten, die heute von Selbstverwaltung und Berufsordnung das Heil hoffen, sicherlich nicht ohne weiteres unterstellen, sie hätten politische Flausen im Kopf.

Aber auch wenn von politischen Hintergedanken abgesehen wird - die Technik einer Selbstverwaltung allein bringt viele Gefahren, die schrecken sollten. Es müßte als "Berufsstand" wohl wieder eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit exekutiven Vollmachten gebildet werden. In dieser Körperschaft gäbe es Gremien, die darüber zu befinden hätten, wer unter welchen Voraussetzungen zum Beruf zugelassen wird. Und da es heute vieldeutige Voraussetzungen mit positiven und negativen Begleiterscheinungen gibt, wird man neue Voraussetzungen schaffen. Die Selbstverwaltungs- und Berufsordnungskörperschaften müßten finanziert werden, von wem? Vom Staat natürlich! Sie müßten eine gesetzliche, also staatliche Grundlage haben! Sie müßten hinsichtlich der ordnungsgemäßen Ausübung ihrer Aufgaben überwacht werden - vom Staat! So würden Werkzeuge entstehen, deren "richtige" Handhabung jeden Einfluß ermöglichen. Wer garantiert dafür, daß der Verlockung bei allen ursprünglich vorhandenen guten Absichten widerstanden wird? Diese Gefahren, die von allzu ordnungsbeflissenen Tugendwächtern offenbar gering eingeschätzt werden,

sind gewichtig, und man fühlt sich bei dem Gedanken beruhigt, daß es ein Grundgesetz gibt, in dem die freie Berufswahl garantiert wird, das also geändert werden müßte, wollte man jene Vorschläge verwirklichen.

Demokratie ist eine Staatsform, deren Ideal in der Wirklichkeit nie erreicht werden kann, um das man aber immer kämpfen muß, das zu erreichen man sich gleichwohl ständig zu bemühen hat. Dieser Staatsform angemessen wäre auch auf dem Teilgebiet der Presse eine Ordnung, die auf freiwilligem Bemühen beruht. Dergleichen Bestrebungen haben sich in der letzten Zeit zahlreich gezeigt.

Die bedeutsamste im Pressebereich ist die Tätigkeit des Deutschen Presserates, der sich paritätisch aus Verlegern der Zeitungs- sowie der Zeitschriften-Presse und aus Journalisten zusammensetzt; er hat sich neben anderem das Ziel gesetzt, Eingriffe in die Pressefreiheit, woher sie auch immer kommen mögen, zu bekämpfen und Mißstände in den eigenen Reihen zu beseitigen.

Dieser Presserat hat keine staatlichen Vollmachten. Er kann niemanden exekutieren; er vermag allein durch das wohlerwogene Wort seiner Mitglieder zu wirken, und er muß abwarten, ob seine Mahnungen von den anderen - vom Staat, von den politischen Parteien, von der Industrie und von den eigenen Kollegen - gehört und beachtet werden. Der Deutsche Presserat arbeitet nach dem Vorbild des englischen "General Council of the Press", der sich in der britischen Presse eines hohen Ansehens erfreut, dessen Stellungnahmen und Berichte in der Presse breiten Raum einnehmen.

In der Bundesrepublik ist der Deutsche Presserat bekannt geworden, als er sich gegen die Versuche der Bundesregierung wandte, die Pressefreiheit durch "Lex Soraya" und "Lex Schöffler" einzuschränken. Weniger geläufig sind seine Bemühungen um die "innere Ordnung" der Presse. Aufmerksamen Beobachtern dürfte nicht entgangen sein, daß auch auf diesem Teilgebiet bereits Erfolge erzielt wurden: mit Richtlinien für die Gerichtsberichterstattung, für Veröffentlichungen über ausländische Staatsoberhäupter, für die Respektierung der privaten Sphäre bei Bildveröffentlichungen.

Erst dieser Tage hat eine auflagenstarke Wochenzeitung sich nach Intervention des Presserates bei einem Bundesminister entschuldigt, dem sie mit einer "heintückischen" Überschrift zunahegetreten war. Und wenn sich der Herausgeber einer illustrierten Zeitschrift mit Händen und Füßen dagegen wehrt, von den Stellungnahmen des Presserates betroffen zu werden, dann ist auch das ein Erfolg. Denn diese Tatsache beweist, daß der Presserat als moralische Instanz in das Bewußtsein der in der Presse Tätigen getreten ist. Um seine Anerkennung wird er kämpfen müssen.

Der Weg, der mit dem Deutschen Presserat beschritten wird, ist der richtige, weil auf "Verordnungen" und "Maßnahmen" verzichtet wird, weil der Presserat an das appelliert, was dem demokratischen Rechtsstaat gemäß ist: an das Selbstbewußtsein und an das Verantwortungsgefühl des Staatsbürgers, der den demokratischen Staat bejaht, in dem er lebt.

Afrika - gelehriger Schüler Arabiens

H.B. Noch mehr als auf den labilen Nahen Osten wird man in Zukunft auf den Schwarzen Erdteil achten müssen. Afrika, diese letzte große "Enclave" des Kolonialismus, ist dabei, sich den Eintritt in die Weltpolitik zu erkämpfen, so wie das vorher die Asiaten und Araber getan haben. Und es sieht so aus, als hätten die Farbigen dieses Kontinents aus den Erfahrungen gerade der nahöstlichen Staatsgründungen gelernt, die meist den Stürmen der Zeit nicht gewachsen waren. In Afrika denkt man von vornherein großräumig, der kleinliche Nationalismus orientalischer Spielart hat dort wenig Chancen.

Accra war das erste Fanal. Von dieser Metropole Ghanas aus ging der Ruf nach dem zentralafrikanischen Commonwealth und dem Gemeinsamen Markt - woraus man wieder entnehmen kann, daß die Afrikaner sehr wohl auch Anleihen bei den Europäern machen können. Mit Dr. Nkrumah stieg der erste Neger vom revolutionären Parteiführer zum allseits geachteten Staatsmann auf. Kaum hatte sich das neue Staatswesen etabliert, da holte Nkrumah schon zum nächsten Schlag aus: Er verhandelte mit dem erst in allerjüngster Zeit souverän gewordenen Guinea über die Fusion beider Staaten. Seitdem geistert die Schlagzeile durch die Weltpresse: "Wer wird der schwarze Washington werden?" Als ob dies so wichtig wäre. Viel entscheidender ist doch, daß Afrika allem Anschein nach nicht daran denkt, sich in der Vielstaaterei zu erschöpfen.

Die nordafrikanische Parallele zu diesen zentralafrikanischen Bestrebungen ist die Maghreb-Konzeption, die auf eine Föderation von Tunesien, Marokko und Algerien hinsteuert - wozu es freilich Voraussetzung ist, daß dieses schwergeprüfte "überseeische Frankreich" erst einmal seine Selbständigkeit erringt. Aber trotz des "schmutzigen Krieges" in diesem Teil Nordafrikas, über dem noch die Trikolore weht, bauen die Staatsmänner der bereits freien nordafrikanischen Völker an einem größeren Reich. Nasser, der bekanntlich in seiner "Philosophie der Revolution" neben der arabisch-islamischen Orientierung die afrikanische Stoßrichtung für notwendig hielt, hat also einige Konkurrenz bekommen. In seiner zweiten Eigenschaft als Einiger Afrikas ist er jedenfalls kaum gefragt. Offenbar wollen sich die Afrikaner nicht mit der Nasser'schen Risiko-Politik und schon gar nicht mit seiner antiisraelischen Neurose belasten.

10. Januar 1959

Da auch in den Regionen Südafrikas - Rhodesien und Njassaland - schon recht konkrete Erörterungen über eine Wirtschaftsgemeinschaft angestellt werden, kann man getrost konstatieren: Man denkt dort großräumig. Die insgesamt fast 200 Millionen Farbigen wollen sich nicht so zersplittern wie die Araber des Vorderen Orients. Sie möchten das Stadium des kleinen Nationalstaats - aus dem sich der Nahe Osten unter Schmerzen herauszuwinden versucht - möglichst rasch hinter sich bringen und zur weltpolitisch gewichtigeren Föderation übergehen. Ost und West beginnen allmählich, die wachsende Bedeutung des Schwarzen Erdteils anzuerkennen: Tunesien gehört seit Beginn des Jahres dem Weltsicherheitsrat der UNO an. Das ist eine Verbeugung vor Afrika, denn erstmals zählt ein Land dieses Kontinents zu den Mitgliedern des obersten und wichtigsten Gremiums der Weltorganisation.

Leider ist diese Erkenntnis noch keineswegs Allgemeingut der weißen Staatsmänner. Wir brauchen in diesem Zusammenhang gar nicht Algerien zu erwähnen, denn schließlich hat auch England die Mau-Mau-Drohung in Kenia noch keineswegs restlos ausgestanden, und Belgien macht gerade jetzt mit dem weltpolitischen Faktum Bekanntschaft, das sich überall aus der Kolonialdämmerung ergibt. Die bisherige koloniale Idylle Belgisch-Kongo erlebte blutige Unruhen, die nur als Menetekel zu verstehen sind. In Brüssel hat man die Straßenkämpfe in Leopoldville offenbar auch so verstanden, aber die Regierung will dem Unabhängigkeitsdrang mit blossen Reformen Herr werden. Wann spricht es sich eigentlich in allen Hauptstädten dieser Erde herum, daß solche Pflästerchen die Wunde der kolonialen Unterdrückung nicht zu heilen vermögen?

Afrikas junge Staaten erhalten laufend Verstärkung. Fast jedes neue Mitglied der UNO kommt aus der farbigen Welt, insonderheit aber aus Afrika. Und das animiert wiederum die Unabhängigkeitsregungen in den Teilen des Kontinents, in denen noch fremde Herren regieren. So zieht das eine das andere nach sich. Afrika ist mündig geworden. Bald wird man seine Stimme im Mächtetekonzert der Großen genau so zur Kenntnis nehmen müssen wie die Asiens und Arabiens. Was das für die augenblickliche weltpolitische Konstellation bedeutet, läßt sich heute noch nicht abschätzen. Aber soviel ist sicher: Der Zeitpunkt scheint nicht mehr fern, da in der Vollversammlung der Vereinten Nationen das farbige Element dominiert. Sind darauf die westlichen Demokratien vorbereitet?

Die heutige Weltbevölkerung und ihr ungewöhnliches Anwachsen

Von Helene W e s s e l M.d.B.

Gegenwärtig leben auf der Welt nach den Ergebnissen der letzten Volkszählungen rund 2,737 Milliarden Menschen. Nach dem neuen Demographischen Jahrbuch 1957 der Vereinten Nationen hat die Weltbevölkerung in den letzten 20 Jahren um ein Viertel zugenommen. In jeder Stunde werden 5400 Menschen, an jedem Tag 130 000 Menschen geboren. Von dem jährlichen Zuwachs von 47 Millionen Menschen fallen 24 Millionen, also mehr als die Hälfte, auf Asien. Bis 1980 wird die Weltbevölkerung auf rund vier Milliarden, bis Ende des Jahrhunderts auf sechs bis sieben Milliarden Menschen angewachsen sein. Um die heutige Menschenzahl zu erreichen, bedürfte es 200 000 Jahre, um sie zu verdoppeln, bedarf es etwa 35 Jahre.

Die Wachstumsraten für die Menschen sind in den einzelnen Weltteilen sehr verschieden. Die technisch fortgeschrittenen Gebiete unserer Welt umfassen gegenwärtig ein Drittel der Weltbevölkerung. Aber am Ende des Jahrhunderts wird ihr Anteil auf ein Viertel, vielleicht sogar auf ein Fünftel abgesunken sein. Dagegen wird das Anwachsen der Bevölkerung in Asien und Lateinamerika voraussichtlich erheblich sein, selbst wenn man annimmt, daß nach 1975 die Geburtsfreudigkeit nachlassen sollte oder Geburtenbeschränkungen eingeführt werden. Afrikas Anteil an der Weltbevölkerung wird sich nicht wesentlich ändern. Nordamerikas und der Anteil von Australien und Ozeanien, der bis Mitte des Jahrhunderts stieg, wird voraussichtlich weiter fallen. Der Anteil Europas, selbst einschließlich der Sowjetunion, wird weiter zurückgehen.

Absinken der Sterblichkeit

Eine der Hauptgründe für die starke Zunahme der Bevölkerung ist das Absinken der Sterblichkeit in einem großen Teile der Welt. In den letzten 20 Jahren ist die Sterblichkeit in vielen Ländern um ein Viertel, in anderen sogar um die Hälfte gesunken, während die Geburtenzahlen sich weniger änderten. Das Verhältnis der Geburten zu den Sterbefällen ist in den Ländern verschieden. Während in Afrika und Asien sowohl Geburten- wie Sterbeziffern hoch sind, hat Lateinamerika eine hohe Geburtenziffer bei niedriger Sterblichkeit.

In Europa liegt die Lebenserwartung bei der Geburt der Menschen in den Niederlanden am höchsten. Neugeborene Knaben haben dort die Aussicht, 71 Jahre alt zu werden, Mädchen sogar 74.3 Jahre. Es folgen dann Norwegen (Knaben 69.3 + Mädchen 72.7), Schweden (69 + 71.6), England (67.3 + 72.4), Dänemark (67.8 + 70.1). Auch die Bundesrepublik hat mit 64.4 Jahre für Knaben und 68.5 Jahre für Mädchen eine gute Lebenserwartung. Für die Sowjetzone sind es 65 Jahre für Knaben und 69 für Mädchen. Am niedrigsten ist die Lebenserwartung in Europa in Spanien (Knaben 47.1 + Mädchen 53.2), Griechenland (49.1 + 50.9), Italien (53.8 + 56), Portugal (55.5 + 60.5), Finnland (58.6 + 65.9).

In den außereuropäischen Ländern sterben die meisten Menschen in Indien mit einer Lebenserwartung von nur 32 Jahren. Es folgen Ägypten (35 Jahre), Guatemala (36), Mexiko (38), China (41).

Bei der Säuglingssterblichkeit gibt das Milieu den Ausschlag. In Schweden, Irland und den Niederlanden sterben von 1000 Neugeborenen weni-

ger als 20 Kinder bevor sie das erste Lebensjahr vollendet haben, dagegen in Burma, Brasilien, Indien und gewissen Gebieten Afrikas jedes vierte Kind. In der Bundesrepublik sterben 38 von 1000 Säuglingen, in der Sowjetzone 46 im ersten Lebensjahr. Obwohl die Säuglingssterblichkeit in der Welt immer noch hoch ist, sind doch in der Bekämpfung derselben in den letzten 26 Jahren bemerkenswerte Fortschritte gemacht worden.

Bevölkerungsdichte

Außer der Sowjetunion ist Europa der Kontinent der dichtesten Menschenbesiedlung mit 84 Menschen je Quadratkilometer. Es folgen Asien mit 56, Amerika mit 9 (davon Nord- und Mittelamerika mit 11, Südamerika mit 7), Afrika mit 7 und Australien und Ozeanien mit 2 Menschen auf den Quadratkilometer. Der Weltdurchschnitt beträgt 20. Innerhalb Europa ist die Besiedlung sehr unterschiedlich. Sie ist am höchsten in den Niederlanden mit 336 Menschen, Belgien 293, Großbritannien 211, Italien 160 je Quadratkilometer. In der Bundesrepublik leben 206, in der Sowjetzone 155 Menschen auf den Quadratkilometer. In den außereuropäischen Ländern ist die Besiedlung: Japan 243, Indien 118, China 64 (Formosa 257), USA 21, Sowjetunion 9, Argentinien und Brasilien 7, Kanada 2 Menschen auf den Quadratkilometer.

15 v.H. der Weltbevölkerung leben in Stadtgebieten von über 100 000 Einwohnern oder in Landeshauptstädten. Mehr als ein Drittel der Großstädte liegt in Asien, jedoch macht sein Bevölkerungsanteil nur 6 v.H. des vorwiegend ländlich besiedelten Erdteils aus. Ein weiteres Drittel fällt auf Europa, der Rest verteilt sich auf die übrigen Kontinente und auf die Sowjetunion. Australien und Ozeanien haben die stärkste Vorstädterung aufzuweisen, 43 v.H. ihrer Bevölkerung leben in 20 Groß- und Landeshauptstädten, Nordamerika folgt mit 33 v.H. Europa mit 27 v.H., gefolgt von der Sowjetunion und Südamerika mit 21 v.H. In der Bundesrepublik wohnen 33,3 v.H. der Bevölkerung in Großstädten.

62 Städte mit mehr als einer Million Einwohner

Es gibt 62 Städte in der Welt mit mehr als einer Million Menschen. Die größte Stadt der Welt ist New York mit über 14 Millionen Menschen als geschlossene Wohnzentrum und mit 7,8 Millionen Einwohnern innerhalb seiner kommunalen Grenzen. Die zweitgrößte Stadt ist Tokio mit 8,4 Millionen Menschen für das Wohngebiet und 7,1 Millionen für die Stadt. Es folgen dann Stadt und Wohngebiet London mit 8,3 Millionen, Paris (einschließlich Département Seine) 8 Millionen, Schanghai 6,2, Moskau 5,4, Chicago 3,6, Buenos-Aires 3,5, Leningrad 3,3, Berlin 3,3 (davon West-Berlin 2,2, Ost-Berlin 1,1) Millionen Menschen.

Das ungewöhnlich schnelle Anwachsen der Weltbevölkerung, besonders der asiatischen Bevölkerung, stellt höchste Anforderungen an die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Verhältnisse, um bei der heute vorhandenen Armut in einem erheblichen Teil der Weltbevölkerung nicht weitere revolutionäre Entwicklungen zu fördern. Es handelt sich hier um ein Problem, das vor allem die in wirtschaftlich guten Verhältnissen lebenden Völker angeht. Auch das Rasseproblem muß als eine allerersten Ordnung gesehen werden. Wer es nicht von der menschlichen und moralischen Seite der Gleichheit und Gerechtigkeit aller Menschen in der Teilnahme an den Kultur- und Wirtschaftsgütern der Welt sieht, unbeschadet ihrer Rassenzugehörigkeit, sollte sich zum mindesten darüber klar sein, daß bei dem ungewöhnlich starken Anwachsen der asiatischen Bevölkerung die weiße Rasse sich nur dann behaupten und ihren Einfluß behalten wird, wenn das Rasseproblem von einem andern Geiste wie dem der Südafrikanischen Regierung oder eines Teils der Südstaaten von Amerika gelöst wird.

Was wird aus unseren Straßen?

W. H. Alltäglich meldet sich in dieser Jahreszeit der Rundfunk mit den sogenannten "Straßenzustandsberichten" - Schnee, Glatteis, Lawinen usw. Wollte man es genau nehmen, müßten diese Berichte das ganze Jahr über und möglichst über alle Wellen gesendet werden ...

Auf den Straßen der Bundesrepublik herrscht, ob Sommer, ob Winter, der Notstand. Er wird mit Tausenden von Toten und Verletzten Jahr für Jahr sichtbar. Regierungsexperten kamen vor einiger Zeit auf die Idee, mit Geschwindigkeitsbegrenzungen das Problem zu lösen. Inzwischen hat sich gezeigt, daß diese Maßnahme zweifellos zur Sicherheit der Verkehrsteilnehmer beigetragen hat, am Grundübel allerdings hat sie nichts ändern können: Von über 50 000 km Straßen zwischen Kiel und München haben fast 40 Prozent nicht einmal eine Teerdecke! 90 Prozent verfügen nicht über die Normalbreite von 4,50 m. Die vielen Unfälle beweisen, daß es nicht immer an den Autofahrern liegt ...

Auf über 2000 km Autobahn reißen immer mehr die Betondecker, platzen die Mautstellen, lockert sich der Untergrund. Der Zerfall ist mit den bis jetzt angewandten Methoden nicht aufzuhalten. Verkehrsexperten aller Länder sind sich einig darin, daß in fünf Jahren die vor dem Krieg hergestellte Autobahn gesperrt werden muß, wenn nicht mit der generellen Renovierung begonnen wird. Doch der Bundesverkehrsminister zeternt: "Allein die Überholung des Stückes Duisburg - Köln hat schon ungezählte Millionen gekostet!" - Es ist kein Geld da, es fehlen die Schätze des Juliusturms, der in Zuge Strauß'scher Atomraketenpolitik auseinanderflog.

Niedersachsens Verkehrsminister Alfred Kubel hat das ganze Dilemma einmal aufgegriffen, hat aufgezeigt, was nun unbedingt nötig ist, nämlich 60 Milliarden Mark! Dieser Betrag wird innerhalb der kommenden neun Jahre gebraucht für Straßenbauten, wobei unberücksichtigt bleibt die Autobahn. Alfred Kubel sagte, diese Gelder müßten aufgebracht werden, wollte man nicht das Risiko eingehen, daß nach neun Jahren die Straßen gesperrt würden, weil sie nicht mehr befahrbar sind. Das ständige Hin und Her und das Hinausschieben des Straßenbaus in der Bundesrepublik, das die Bonner Regierung nun seit Jahren schon praktiziert, habe dazu beigetragen, daß nunmehr 60 Milliarden gebraucht werden, "um zu retten, was zu retten ist"!

Die Situation ist geradezu grotesk angesichts folgender Übersicht: Die Gemeinden in der Bundesrepublik haben bis jetzt sieben Milliarden und die Länder drei Milliarden für den Straßenbau ausgegeben. Der Bund hat in gleicher Zeit eininhalb Milliarden dafür aufgewandt, obwohl er durch die Mineralölsteuer, die den Straßen zugute kommen soll, 3,5 Milliarden vereinnahmt. Die Länder kamen durch den Ertrag der Kraftfahrzeugsteuer zu einem ähnlichen Betrag. Die Gemeinden allerdings gingen fast leer aus. Sie erhielten lediglich 1,3 Milliarden DM vom Bund als "zweckgebundene Mittel".

Es gibt in Deutschland seit einiger Zeit eine Verkehrsünderkartei, die alle Delikte der Fahrer festhält. Die Kartei sollte insofern erweitert werden, daß auch jene Leute in ihr geführt werden, die schuldig an den Zuständen unserer Straßen wurden und noch werden.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler